

N° wm25	November 2009	BERICHT aus Lateinamerika: VENEZUELA – von nun an gings bergab <i>Wilhelm Mindler</i> wmindler@cantv.net wmindler@gmail.com
---------	------------------	--

Mein Rundbrief No 24 wurde im April verfasst, nach dem Lateinamerikagipfel mit Obama, voll von Versprechungen, voll von Hoffnung.

Die anfängliche Begeisterung mit Obama hat sich zunehmend in Zweifel verwandelt, sowohl in den USA wie man den New York Times entnehmen kann, als auch in Lateinamerika. Unter Bush wusste wie man dran war, aber derzeit gibt es drei Linien in der US-Aussenpolitik gegenüber Lateinamerika: Obamas blumige Erklärungen, die reale Politik von Gates und dem Pentagon, und irgendwo dazwischen lavieren Hillary und ihr Vizeminister für Lateinamerika Thomas Shannon.

Beispiel Honduras: Präsident Manuel Zelaya brachte in diesem traditionell von der Oligarchie kontrollierten Land bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für die Armen. Ausserdem träumte er davon, die US-Militärbase Palmerola in einen internationalen Flughafen zu verwandeln. Gefährliche Träume gibt es. Im Pyjama wurde er im Juni von den Militärs aus dem Bett geholt, zuerst in die US-Militärbase Palmerola geflogen (!!!) und dann weiter nach Costa Rica, wo er bei Nacht „ausgeladen“ wurde. Obama, Mann von Prinzipien, erklärte sofort Zelaya sei der einzig rechtmässige Präsident und müsse wieder eingesetzt werden. Ein Sprecher von Hillary erklärte gestern, die Vereinbarungen mit der Putschregierung enthielten keine Garantien über die Wiedereinsetzung von Zelaya. Ende des Monats werden von der Putschregierung Wahlen abgehalten, die werden von der Organisation Amerikanischer Staaten nicht anerkannt, wohl aber von den USA und Panamá. Obama wird nicht mehr gefragt.

Beispiel Kolumbien: Obama erklärte die Besorgnis der Nachbarn über das Militärabkommen zwischen Kolumbien und den USA sei unbegründet, keine US-Militärbasen seien vorgesehen, nur die gelegentliche Mitbenützung kolumbianischer Einrichtungen. Anfang November wurde das Abkommen unterzeichnet und sein Text bekannt. Sieben Militärbasen, die Benützung aller kolumbianischen internationalen Flugplätze für die US-Militärs. Und mit gegenseitigem Einvernehmen können weitere Basen eingerichtet werden. Bereits im vergangenen Mai suchte das Pentagon um das entsprechende Budget beim Kongress an. Dort kann man schwarz auf weiss lesen dass die Basen nicht nur gegen die Rauschgifthändler, sondern auch gegen die den USA nicht freundlich gesinnten Länder in Lateinamerika gerichtet sind. So etwas hat sich Bush nicht getraut! Obama muss leise treten, er will keinen Abgeordneten verärgern, er braucht ja jede Stimme um seine Sozialgesetzgebung durchzubringen.

Chávez schreit –laut und ungeschickt wie immer- Venezuela müsse sich auf einen Angriff aus Kolumbien vorbereiten. Schon wieder ein Eigentor, während die USA bereits ihre Militärmaschinen in Kolumbien stationiert haben, aber ohne viel Aufsehen . . .

Die Dinge nehmen eine unglaubliche Wendung. Aber dazu schreibe ich mehr im nächsten Brief.

Schon mehrmals habe ich einen Bericht über die interne Situation in Venezuela angekündigt, ihn aber immer wieder aufgeschoben. Grund: es schaut absolut nicht rosig aus.

Heute beziehe ich mich ausschliesslich auf die **innenpolitische Lage**, der internationalen Problematik wird demnächst Bericht 26 gewidmet.

Venezuela: Von nun an gings bergab . . .

Wenn ich an die Zukunft Venezuelas denke, klingt mir der Refrain des Liedes von Hildegard Knef im Ohr: „Von nun an gings bergab“.

Von wann an? Nach meinem persönlichen und subjektiven Kriterium würde ich sagen, vor allem seit Chávez mit der Idee seiner sozialistischen Einheitspartei (PSUV) auftauchte, das war vor etwa drei Jahren. Die Leute schrieben sich damals in eine Partei ein, die lange Zeit keine Statuten (und somit keine definierte Parteilinie) hatte, mit dem Versprechen Chávez würde später die Parteispitze ernennen.

Inzwischen wurde die Parteispitze gewählt, aber das Vorgehen war dennoch bedenklich. Und seither ist die **politische Kontrolle wichtiger als das Lösen von anstehenden Problemen**. Und das hat seine Folgen.

Chávez wollte damit alle ihn unterstützenden Parteien mit seiner Partei MVR fusionieren. Wie zu erwarten machten die meisten nicht mit, einige fristen jetzt ein Leben am Rand der Ereignisse untertützen aber weiterhin Chávez, mit Podemos gab es einen offenen Konflikt und sie wurden zu Verrätern und Gegnern der Revolution erklärt. Wer hatte die Schuld? Darüber kann man streiten, ich würde aber sagen sie wurden hinausgebissen.

Dann gab es ein Referendum über etliche Änderungen in der Verfassung. Chávez ging es um die Möglichkeit der unbeschränkten Wiederwahl, die aber wurde mit Zuckerln verpackt. Es wurde unter anderem der Sechs-Stunden-Arbeitstag versprochen, wer könnte wohl dagegenstimmen? Ohne jegliche Erwähnung in der Öffentlichkeit wurden in vielen Artikeln, welche die Abwahl des Präsidenten und ähnliches behandeln, die Bedingungen so verschärft, dass sie in Zukunft kaum noch angewendet werden könnten. Es wurde über alles mögliche im Land und in der internationalen Presse diskutiert, aber dieser Punkt fiel unter den Tisch! Unglaublich, wie oberflächlich auch seriöse Medien sind. Und das Referendum fiel durch, es kam nur auf 49%, die unbegrenzte Wiederwahl wurde vorerst abgelehnt.

Chávez bis zum Jahr 2021

Un über die Opposition zu spotten, behauptet Chávez seit Jahren er würde bis zum Jahre 2021 im Amt bleiben. Was früher eine Provokation war, ist jetzt ernst. Ein weiteres Referendum, dass sich nur auf die Wiederwahl von Präsidenten, Gobernadores, Bürgermeister etc. bezieht, wurde durchgebracht. Chávez ist seit 10 Jahren Präsident, und er kann nächstes Jahr wiedergewählt werden.

Der Preis um das Referendum durchzubringen: eine Propagandaschlacht wie nie zu vor, die Grenzen zwischen staatlicher Verwaltung und Regierungspartei werden verwischt, Propaganda auf dem Flughafen, Propaganda in Ministerien, so etwas hat es in Venezuela noch nie gegeben. Und die Gunst des Volkes wurde gekauft: wurde in der Zeit vor Chávez von den ranzigen Grossparteien Bargeld an die Armen verteilt, so wurden jetzt die Missstände der Vergangenheit weit übertroffen. Es wurden „Stipendien“ ausgeteilt, der Bewerber brauchte nur die Nummer seines Personalausweises angeben. Der Betrag: ein Mindest-Monatsgehalt, etwas über 800 Bs. Einige Leute mussten zum Schein drei Tage Strassen kehren (drei Tage, symbolisch, statt eines ganzen Monats), andere bekamen den Scheck bar ohne Gegenleistung. Das Geld kam hauptsächlich von PDVSA (Petróleos de Venezuela S.A.), die wechselten US\$ auf dem Schwarzmarkt in Bolívar, was eine wunderbare Brotvermehrung ermöglichte. Kontrolle über diesen improvisierten Prozess gab es keine, und so ging es halt zu wie bei einer undichten Wasserleitung.

Seit diesem grossen Wahlerfolg ist Cumaná etwas sauberer geworden: man sieht ständig Leute welche den Strassenrand kehren. Den Politikern geht es dabei nicht so sehr um die Reinlichkeit, sondern um die Schaffung von Arbeitsplätzen für Arme. Vor Chávez war für viele Posten das Parteibuch Voraussetzung, das wurde jedoch verschämt verschwiegen. Derzeit kann man es offen in der Zeitung lesen und in politischen Erklärungen hören: ohne Parteibuch gibts keinen Job. Das ist verfassungswidrig, funktioniert aber prächtig. Wer wird da schon protestieren? So viele Missstände, die meine Freunde und ich in der Vergangenheit ständig bekämpft haben, tauchen jetzt in verstärkter Form auf. Die Grenzen zwischen Regierung und Partei werden verwischt. Und dass der Kandidat politisch korrek ist, ist inzwischen natürlich wichtiger als dass er auch irgendeine berufliche Kompetenz besitzt. Wie gesagt, es geht bergab.

Warum es dazu kam? Schwer zu sagen, ich vermute dass Chávez inzwischen sieht dass nicht alles so funktioniert wie er sich das vorstellt, dass ihn oft seine eigenen Minister belügen, Erfolge vorspiegeln, und da wird zum wichtigsten Ziel vorsorgen dass das Dach nicht über dem Haus einstürzt.

Während der ersten Jahre gab es an allen Fronten Idealisten, die von einer besseren Gesellschaft träumten. Die gibt es jetzt auch noch, aber immer mehr haben sich Opportunisten breit gemacht, welche dem leichtesten und kürzesten Weg zu Macht und Geld nachgehen. Lippenbekenntnisse sind gefragt, wer

kritisiert wird leicht als „infiltrierter“ verdächtigt. Eine negative Auslese bei so manchen Führungskräften macht sich breit.

Eine Frist für die Präsidentschaft von Chávez würde bedeuten dass er an einen Nachfolger denken muss, und ein Nachfolger bedeutet einen neuen Besen und Erneuerung inzwischen verrosteter Strukturen. Unbeschränkte Wiederwahl bedeutet Chávez bleibt so lange, bis er die Unterstützung der Wähler verliert. Anstatt einer Erneuerung kommt dann die Opposition zum Zug, oder . . . Na danke schön.

MISIÓN SUCRE

Diverse neue soziale Projekte werden Missionen genannt. Die erste war die „Misión Robinson“, der Kampf gegen den Analphabetismus nach kubanischem Rezept. In Venezuela gibt es ziemlich wenige Analphabeten, und das hat auch funktioniert.

Mit Misión Ribas konnte man eine Matura bekommen, mit Misión Sucre eine Universitätslaufbahn absolvieren.

Teilnehmer sind Maturanten, die beim geltenden Auswahlssystem auf keinen Hochschulplatz Anspruch hatten, Berufstätige, Familienväter und Hausfrauen, auch ältere Leute. Jahrelang haben sie nichts studiert, auch nichts gelesen, kaum Zeit, viele sind jedoch hoch motiviert für diese allerletzte Chance in ihrem Leben. Der Studienplan wird nach einem angeblich „modernen“ Konzept erstellt. Mehrere Fächer, die man bei einem traditionellen Studium kursoriert, werden in ein einziges Fach verschmolzen, um die Ganzheit zu betonen und angebliche überflüssige Wiederholungen zu eliminieren. Die Stundenzahl wird stark reduziert, auch die Dauer des Studiums. Das Studium wird meist abends absolviert, es wird betont dass der Student zusätzlich individuell studieren soll (was kaum funktioniert). Professoren sind etwa Hochschulabsolventen die entweder keine Arbeit haben und keine Berufs- oder Lehrerfahrung. Leute ohne viel Initiative, denn jemand mit Hochschulabschluss der etwas Initiative hat findet in Venezuela ohne Schwierigkeiten eine Arbeit. Oder auch Berufstätige, die sich ohne viel Anstrengung ihr Einkommen verbessern wollen. Dieser Lehrdienst wurde jahrelang als „freiwilliger Beitrag“ gewertet, die Bezahlung war somit miserabel bei offener Verletzung gesetzlicher Bestimmungen – der Staat als Ausbeuter. Und die Arbeitsmoral ist dementsprechend, ständig fallen Stunden aus, mit oder ohne Vorwand. Die zentral kontrollierte Zahlung hinkte oft Monate nach, manche kassierten doppelt, andere nie. (Ich spreche in der Vergangenheit, glaube aber nicht dass sich die Zustände wesentlich geändert haben).

Während in einer traditionellen Universität sich jeder Professor auf sein Spezialfach vorbereitet, passiert es im „modernen System“ der Mission Sucre dass jemand, der kaum eine Ahnung hat und sich nur wenig vorbereitet, als universeller Spezialist für alle Fächer fungiert.

Es gibt Ausnahmen, etwa in Güiria, im extremen Osten von Venezuela, hat ein rühriger Bürgermeister die Misión Sucre stark unterstützt und seine Schwester geschickt die administrativen Angelegenheiten gemanaget. Aber das ist wie gesagt eine Ausnahme.

Die Mission Sucre funktionierte in geborgten Lokalen, mit geborgten Kopierern usw., alles geborgt. Und dann werden die Kosten der „modernen“ Misión Sucre mit der „Verschwendung“ der traditionellen Universitäten verglichen. Die meisten öffentlichen Universitäten verschwenden tatsächlich Geld, aber anstatt das zu belegen, wird mit billigen Argumenten gearbeitet.

Die Verwaltung der Misión Sucre ist chaotisch, nichts funktioniert. Ich wurde im IUT Cumana pensioniert, und da unser Direktor (ein Freund) diese Misión unterstützte wurde eine eigene División Misión Sucre geschaffen, der ich vorstand. Mir stand also als Pensionisten und ehrenamtlichem Mitarbeiter die akademische Überwachung im Nordosten von Venezuela zu. Die administrativen Tätigkeiten wurden an jedem Sitz der Misión lokal verwaltet. Das IUT Cumaná sollte die zukünftigen Titel ausstellen, aber eine akademische Überwachung wurde sabotiert. Von Puerto La Cruz etwa konnte ich nicht einmal eine vollständige Liste der Lehrer mit ihrer akademischen Qualifikation bekommen, wobei ich das letzte Wort über ihre Anstellung hätte haben sollen. Und als ich im September auf Besuch kam, erfuhr ich dass sie den Sommer angeblich durchgearbeitet und das Semester bereits abgeschlossen

hatten. In Caracas reklamieren hatte keinen Sinn, die interessierten ja nur positive Berichte über den Erfolg.

Bei Chávez soll immer alles gleich von heute auf morgen funktionieren, der Gefallen wurde ihm gemacht: er wurde mit aufgeblasenen Statistiken belogen, Studentenzahlen die es nur auf dem Papier gab.

Etlliche Male flog ich nach Caracas zu Besprechungen in einer Gruppe von über 30 Personen über Normen zur Anrechnung von Vorstudien. Das kam sündteuer, manchmal nahm auch der Vizeminister Andrés Eloy Ruiz teil: jedesmal nahmen andere Leute teil, jedesmal wurde neu begonnen. Alles verlief im Sand. Einige Wochen später sah ich zufällig in Caracas einen „Schlussbericht“ – den hatte irgendjemand mit seinen eigenen Ideen verfasst. Der verschwand dann in irgendeiner Schublade . . .

Das erste Semester der Mission startete mitten in den Ferienmonaten Juli-August. Es war nichts vorbereitet, aber Wahlen standen vor der Tür, Mission Sucre sollte aus Propagandagründen starten. Somit wurde ein Einführungssemester erfunden, drei Fächer, keine definiertes Programm, alles in der Luft. Und dieses Einführungssemester wurde zu einer permanenten Einrichtung. So plant Misión Sucre.

Für die Misión Sucre waren natürlich fürs ganze Land geltende einheitliche Studienpläne wichtig, um die Qualität zu garantieren. Die wurden in Caracas in Kommissionen erarbeitet. Dramatisch war es als die Kommissionen in Caracas ihre Vorschläge dem Viceminister vorstellten. Da gab es Studien mit Jahres, Semester und Trimestersystem, auch die Studiendauer variierte von einem Programm zum anderen. Alles chaotisch. Die Kommission für Hidrocarburos (etwa Erdölwesen) kam mit leeren Händen. Und in drei Wochen sollte das erste Semester beginnen, die Studenten waren bereits inskribiert. Der Präsident der Kommission versprach hoch und heilig dem Vizeminister, ja wir werdens schaffen. Für die akademische Überwachung dieser Studienrichtung hier im Osten war ich verantwortlich. Das Semester musste ohne definiertes Programm, und sogar ohne definierte Studienfächer beginnen. Meinen Job legte ich zurück.

In technischen Fächern war die Drop Out Quote ziemlich hoch (Mathematik usw.!), in der Lehrerbildung hingegen bekamen alle Teilnehmer, ohne Ausnahme, ihren Titel und sofort einen Job. Für an den traditionellen Universitäten graduierte Lehrer gab es einen Anstellungsstop, die Absolventen der Misión Sucre hatten Vorrang bei den neuen Anstellungen. Das ist natürlich ungesetzlich und willkürlich, aber wer kann schon etwas dagegen machen?

Bei den Bewertungen der UNO schneidet Venezuela derzeit recht gut ab. Es wird nur bewertet wie viel in Erziehung investiert wird, wie viele Leute die Möglichkeit haben zu studieren usw., die Qualität wird da nicht berücksichtigt.

In Kolumbien wird in allen Schulen mit Tests das Niveau bewertet, in Venezuela ist das Thema Tabu – aus guten Gründen.

UMWANDLUNG DER IUTs

Ich arbeitete an einem IUT, Instituto Universitario de Tecnología: dreijährige Ausbildung, möglicherweise mit einer Fachhochschule zu vergleichen. Anstatt auf die gesammelte Erfahrung zu bauen, wurde aus parteipolitischen Gründen jedes neue IUT in der Vergangenheit unabhängig von den anderen gegründet, mit eigenen Studienplänen usw., und somit mit grossen Niveauunterschieden. Unser IUT war eines der ersten, nach französischem Modell, und eines der besten, die Firmen kamen um die Studenten bereits im letzten Semester anzuheuern. Wir wollen hoch hinaus, Chávez entschied dass alle IUTs in technische Universitäten verwandelt werden sollten, die guten und die schlechten. Und anstatt die traditionelle Ausbildung als „Técnico Superior“ als eine erste Fase des Ingenieurstudiums beizubehalten, werden die Ingenieur-Studien parallel zu den traditionellen Laufbahnen eingerichtet. Unsinnig, von Bürokraten entschieden, die von den IUTs keine Ahnung haben, wir leben halt in einer vertikalen Gesellschaft und wer oben ist schafft an, so wie es immer war, trotz grossem Reden von Demokratie und „Partizipation“.

Laut Gesetz werden die Autoritäten eines IUT für drei Jahre ernannt, nach einem langen Kampf hatten wir durchgesetzt dass sie demokratisch gewählt wurden. Als Chávez an die Macht kam wurden die Wahlen sofort suspendiert (als vorübergehende Massnahme vielleicht gerechtfertigt, aber inzwischen sind mehr als zehn Jahre vergangen!), die traditionellen Autoritäten wurden durch eine „Kommission zur

Reorganisierung“ ersetzt, die von einem Tag auf den anderen abgesetzt werden kann und somit direkt von den Regierungsanweisungen abhängt, auch dieses Provisorium besteht seit über zehn Jahren.

GESUNDHEIT

C.A., ein bekannter Kolumbianer, studiert hier in Cumaná da er sich in Kolumbien kein Studium zahlen kann, und wurde vor einiger Zeit hier im öffentlichen Spital operiert, auch für einen ausländischen Studenten vollkommen gratis. Wer in den USA durch die Maschen des Gesundheitsnetzes fällt hat eben keinerlei Betreuung, so etwas ist in Venezuela nicht möglich, das muss man positiv anerkennen. Es gibt auch öffentliche Spitäler die recht gut funktionieren, aber die Mehrzahl ist verschlammt und vernachlässigt.

In den ersten Jahren hat Chávez mit kubanischer Hilfe das Ambulatorienetz „Barrio Adentro“ gebaut, mit ärztlicher Betreuung auch in den ärmsten Barrios, ein grosser Erfolg, der sich auch bei Wahlen verdiensterweise bezahlt machte. Dieses Netz ist inzwischen ziemlich verschlammt, eine mögliche Erklärung ist der Abzug von 3000 kubanischen Ärzten nach Bolivien, und venezolanische Ärzte sind für diese Arbeit nur schwer zu finden. Die Krisis von „Barrio Adentro“ ist offensichtlich und wird auch von der Regierung anerkannt.

Zum Teil gibt es tatsächlich ausgezeichnete staatliche Betreuung, vor einem Jahr etwa war es in Cumaná leichter einen Termin für eine staatliche und kostenlose Magnetresonanz zu bekommen als in einer teuren privaten Klinik. Der Unterschied: die Maschine in der privaten Klinik funktioniert heute noch, die staatliche steht still, sie wartet auf eine Reparatur. So war es schon immer, so ist es auch heute noch. In Venezuela ist es eine alte Tradition dass Apparate in staatlichen Spitälern als schrottreif abgeschrieben werden und dann in privaten Kliniken auftauchen. .

LEBENSMITTELVERSORGUNG

Die Lebensmittelversorgung für die Armen zu garantieren war einer der grossen Erfolge von Chávez. Die Kette MERCAL bietet die wichtigsten Lebensmittel zu gestützten Preisen an. Wenn eine Lieferung kommt muss man Schlange stehen, aber die Armen sind dennoch dankbar für dieses Netz. Es war aber leider allzu leicht, Lebensmittel von Mercal abzuzweigen und in einem parallelen Markt mit hohem Gewinn zu verschachern. Somit wurde eine weitere parallele Kette geschaffen, PDVal – „PDVSA Alimentos“.

Ausserdem wollte die Regierung die Inflation mit Preisregulierungen bremsen. Das ging einige Jahre überraschend gut, hat aber Grenzen. Fehlende Flexibilität, Fehlplanung bei Importen und auch Sabotage der Opposition führten zu Engpässen wie es sie nie zuvor gab. So etwa gab es monatelang keine Milch. Nicht preisgeregelte Milchprodukte wie Joghurt, Chicha usw. gibt es auch dann. Mehl, Eier, schwarze Bohnen, Milch, Kaffee, Zucker, Rindfleisch, diese Produkte verschwinden zeitweise. Seit drei Monaten habe ich keinen Zucker in einem Supermarkt gesehen, den bekommt man entweder hin und wieder in Mercal – oder auf dem öffentlichen Markt zum doppelten Preis oder mehr. Preisregelungen werden mit fantasiereichen Ersatzprodukten umgangen: Zucker mit Honig, Zucker mit Stevia (einem pflanzlichen Süsstoff) etc., fettarme Milch zu Fantasiepreisen (bis der Preis geregelt wurde) usw.

Einkaufen ist hier eine Kunst und zeitraubend. Man kauft nicht ein was man braucht, sondern hortet was man bekommt. Bush wettete einmal gegen Chávez, der sein Volk verhungern lässt, das war natürlich Unsinn, das ist die billige Anti-Chávez-Propaganda der internationalen Medien. Ohne Zweifel, die Bevölkerung als ganzes ernährt sich derzeit viel viel besser als je zuvor. Aber es gibt grosse Planungsfehler, und das ist lästig und zeitaufreibend. Milch und Fleisch gibt es in diesem Augenblick etwa in Überfluss, dafür fehlt seit vielen Wochen der Zucker . . .

Gewisse produkte mit schwacher Nachfrage gibt es nur gelegentlich aus anderen Gründen: Schlamperei und Nachlässigkeit der Geschäftsführer.

AGRARREFORM

Die Lage der Kleinbauern (Campesinos) wurde wesentlich verbessert. Mit der Vergabe von provisorischen Eigentumstiteln wurden sie kreditwürdig und aktiv in die Wirtschaft eingegliedert. Aber die Ergebnisse blieben hinter den Erwartungen zurück. So etwa werden die Pläne, von einem Jahr aufs

andere die Anbaufläche um 1 Million Hektar zu erweitert, nie eingehalten. Derartige Versprechen werden immer neu fürs nächste Jahr formuliert. Für das Grundnahrungsmittel Reis etwa sinkt die Anbaufläche in letzter Zeit – als negative Auswirkung der Preisregelung.

Mit einer grosszügigen Agrarreform sollten unproduktive Latifundien gegen Bezahlung enteignet und an Kleinbauern vergeben werden. Gruppen von Campesinos ziehen es natürlich vor in Produktion stehende Betriebe illegal zu besetzen, am besten vor der Ernte. Die neu gegründeten Kleinbetriebe oder Kooperativen bekommen Kredite, aber die erwartete Produktion bleibt dann aus.

Die Latifundisten wehren sich gegen unbequeme Campesinos auf ihre Art. Im Süden des westlichen Bundesstaates Zulia wurden weit über hundert Campesinos von „Sicarios“ (gedungenen Mördern) ermordet. Diese Fälle bleiben so gut wie alle ungeklärt. Es ist leicht irgendeinen für diese Aktivität trainierten Paramilitär in Kolumbien anzuheuern, der verschwindet dann sofort wieder hinter der Grenze.

PDVSA – DIE HENNE DER GOLDENEN EIER

Auf Initiative von Chávez wurde vor fast zehn Jahren die zweite Generalkonferenz der OPEC abgehalten, die zu einer Verfielfachung der gedrückten Ölpreise führten. Das war eine allzu grosse Last für viele kleinere arme Staaten in der Karibik, und Chávez half ihnen mit günstigen Krediten. Das Angebot gilt auch jenen, die ihm nicht freundlich gesinnt sind. Diese zwischenstaatlichen Geschäfte schalten gleichzeitig die Mafias aus, welche das Ölgeschäft kontrollieren. Die Opposition und diverse internationalen Medien kritisieren stark diese „Geschenke“. US-Hilfe, die immer an harte Bedingungen geknüpft ist, ist gut, aber Chávez hat bekannterweise böse Absichten.

Viel bedenklicher ist, was intern geschieht. PDVSA (Petróleos de Venezuela) hat als staatliches Unternehmen eine gewisse Autonomie, ihre Ausgaben sind nicht den strikten Kontrollen des Budgets der Regierung unterworfen. Das haben auch frühere Regierungen ausgenützt, aber Chávez geht noch viel weiter. PDVSA betreibt ein grosses Netz zur Lebensmittelverteilung (PDVAL – PDVSA Alimentos). PDVSA spendet LKWs für die Müllabfuhr usw. PDVSA finanziert den Stimmenkauf vor den Wahlen, wozu US\$ auf dem Schwarzmarkt in Bolívars gewechselt werden. PDVSA als Schlüsselindustrie hat natürlich aus Sicherheitsgründen Spitzengehälter, und so freut sich ein jeder der einen Job bei PDVSA bekommt, aber was hat das mit Lebensmittelhandel zu tun?

Und PDVSA verschuldet sich, und wohl niemand hat eine genaue Übersicht. Der Staat zahlt üblicherweise mit Verspätung, aber gilt als sicherer Zahler. Somit vermietete ein Bekannter ein ganzes Hotel in Güiria (nahe den Erdgasfunden) an PDVSA. Nach einem Jahr hatte er noch nicht die erste Miete bekommen. So ist das derzeitige Image von PDVSA, in der Zeitung versprechen sie den Gläubigern die Zahlung der Schulden, aber dann werden die Fristen nicht eingehalten. Schlamperei, Zahlungsunfähigkeit? Wohl beides.

Der Oppositionsführer Julio Borges schlug vor kurzem in der Presse vor man sollte die Erdölfelder verkaufen und damit das Land sanieren. Vor so einer Opposition, welche die Henne der goldenen Eier verkaufen will, muss man natürlich Angst haben, die bietet keine Alternative.

EIN AUTO FÜR JEDERMANN

Während der ersten Chávez-Jahre wurde der Autokauf gefördert, ein Auto für jedermann, die billigeren Modelle wurden von der Mehrwertsteuer befreit. Der Preisvorteil ging leider zum Teil in die Taschen der Autohändler, welche für diverse Zusätze (Klimaanlage, Alarm etc.) Wucherpreise veranschlagten, und Autos zum geregelten Preis waren kaum zu bekommen.

Auch das war eine isolierte Massnahme ohne Planung: derzeit gibt es in allen Städten unvorstellbare Verkehrsstauungen und wegen fehlender Kontrollen fahren die Leute ständig wilder. Die Verkehrsgesetzgebung schrumpfte auf eine einzige Regel: die Regel des Vorteils. Jeder nützt seinen Vorteil aus. Da fährt man ohne Nummertafel, in schrottreifen Autos, bei Nacht ohne Licht, gegen die Einbahn, im Kreisverkehr macht man einen „Abschneider“ in Gegenrichtung, auf der Abbiegespur wird überholt. Zu bestimmten Missbräuchen an bestimmten Punkten kann man ein Datum angeben: zuerst macht es einer, dann machen es ein paar nach, und nach weniger als einem Monat ist es ein neuer Brauch.

In eine Kreuzung fährt man ein solange es geht, auch bei rot, auch wenn die Kreuzung blockiert wird. Der Verkehr steht wo er durchaus flüssig funktionieren könnte, aber es gibt keine Autorität. Der Stauraum wird von parkenden Autos verstellt, Linksabbieger nützen ihren Vorteil aus, schieben ihr Auto in die Gegenfahrbahn und blockieren alles. Wer eine Panne hat schiebt sein Auto nicht an den Strassenrand sondern lässt es stehen, legt sich unters Auto, die Füße schauen auf der Seite heraus. Auf diese Art werden auch Kreuzungen blockiert, so etwas hat es früher nie gegeben. Die Liste kann man fortsetzen.

Ein Beispiel: Auf der Fahrt in die Arbeit kam im Juni 2008 meinem Sohn um fünf Uhr früh ein besoffener in einem alten Auto entgegen, der die Kontrolle verlor. Frontalzusammenstoss. Für die Polizisten war es ein einfacher Fall: der Besoffene hatte offensichtlich kein Geld, er konnte nach Hause gehen und sich ausschlafen. Alkoholprobe wurde keine gemacht. Mein Sohn, mit kleinem Auto und fast Totalschaden hat eine regelmässige Arbeit, das war wesentlich interessanter. Er wurde bis zum Nachmittag aufgehalten, angeblich zu grosse Geschwindigkeit, aber das kann man im Akt ändern, meinten die Beamten. Es gab angeblich einen Verletzten, somit sollte Orlando eingesperrt und sein Auto beschlagnahmt werden. Bei all dem Spektakel standen ihm als Zeugen Familienangehörige und Arbeitskollegen bei. Schmiergeld wird nicht direkt verlangt, aber man wartet auf ein Angebot. Denn wenn du das Angebot machst, bist du schuldig. Am Nachmittag musste der Besoffene aufgeweckt und ins Amt geschleppt werden um zu „beweisen“ dass es keinen Verletzten gab. Dann konnte Orlando heimfahren. Zumindest er hat sich geweigert, Schmiergeld zu zahlen. Der Betrunkene war ohnehin nicht versichert, keine Entschädigung war zu erwarten.

An und für sich gibt es eine verpflichtende Haftpflichtversicherung, aber erstens ist fast niemand versichert, und zweitens verzögert die Versicherung den Prozess so lange, das es bei kleineren Schäden besser ist selbst zu zahlen weil man ja das Auto braucht.

Vor dreissig Jahren gab es hier in Cumaná ein Netz von Einbahnen. Die Schilder fielen allmählich herab und wurden nie erneuert. Diese Einbahnen werden nach wie vor mehr oder weniger eingehalten, aber juristisch ist das eine unsinnige Situation.

In letzter Zeit gibt es mehr Verkehrskontrollen, da stehen immer mindestens ein halbes Dutzend Polizisten zusammen, und das einzige was sie machen ist Dokumente überprüfen. Für alles andere sind sie blind . . .

Ja, und nach der Subvention des Autokaufes wird er jetzt gebrenst. Devisen für den Autiomport werden gekürzt, die Devisen werden auf dem Schwarzmarkt gekauft, die Autopreise schnellten in die Höhe. In dunklen Geschäften werden Neuwagen an Strohmänner verkauft, und diese verkaufen ein neues Auto bis zum doppelten des Verkaufspreises. Spekulanten werden in wenigen Tagen Millionäre, unvorstellbare Zustände. Das Parlament versprach seit Monaten ein Gesetz um diesen Markt zu regeln. Es dürfte nicht so einfach sein, wir warten und warten.

Die nationale Autoproduktion sinkt, wegen Streiks und Verzögerungen in der Divisenzuteilung.

Ja, und die Gewerkschaften der Autoindustrie verlangen dass den Arbeitern Autos zum offiziellen Preis verkauft werden. Diese verkaufen sie dann am nächsten Tag um 60% bis 100% teurer. Hier in Cumaná ist eine Toyotafabrik. Vor etlichen Wochen wurde ein Gewerkschaftler von einem Sicario ermordet, etwas Unübliches in Cumaná. Vermutlich hat der Mord mit den Automafias zu tun.

ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

Hier im Bundesstaat Sucre gab es im Jahr 1998 10 Mordfälle je 100 000 Einwohner, im Jahre 2008 waren es 50 (El Tiempo.13.5.2009). Das heisst etwa: mit meinen Kindern gingen wir dazumals oft zum Rio Brito baden. Meine Enkel waren noch nie dort – es ist inzwischen zu gefährlich. Leute werden wegen ein paar Schuhen, oder eines Hemdes ermordet, oder einfach als Rache, weil sie kein Geld bei sich haben.

Auf dieses Problem angefragt, antwortete Chávez zu Jahresanfang der Journalistin Patricia Janiot von CNN: „Wir tun alles um die Armut zu bekämpfen, und als Folge dieser Massnahmen wird auch die Gewalttätigkeit verschwinden“. Da können sich die Mordopfer schön bedanken. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung (der Wähler) wurde die polizeiliche Bewachung in letzter Zeit wesentlich verbessert, man muss aber dennoch erst abwarten ob das etwas hilft.

Jugendliche welche die Leute beim Einkauf bestehlen oder Autos aufbrechen sind öffentlich bekannt, die Geschäftsleute in der Zone kennen sie. Es ist dennoch nicht ratsam sie anzuzeigen. Nach ein oder zwei Tagen sind sie wieder frei, und dann rächen sie sich . . .

In der Nähe eines Alkoholverkaufs ist der Konsum im Freien verboten, was nicht hindert dass sich dort dutzende Männer ansammeln, manchmal sogar mit bequemen Sesseln auf dem Gehsteig oder sogar auf der Strasse. Alkoholverkauf ist am Sonntag verboten, aber die Likörgeschäfte sind fast alle offen. Vor einer Kontrolle ruft die Polizei kurz an, das bringt ihnen ein willkommenes Taschengeld.

BENZIN- UND ELEKTRIZITÄTSPREISE ENGEFROREN

Der Benzinpreis ist seit Jahren eingefroren, bei einer Inflation um 30%. Diverse Minister versuchten vergeblich ihn etwas anzuheben, Chávez hat das letzte Wort. Während anderswo die Autos schrumpfen, werden sie hier immer grösser. Das wird witzig wenn sie dann nicht mehr in einen normalen Parkplatz passen, so wie in unserem Wohngebäude. Protzer bezahlen gerne diesen Preis.

Auch die Strompreise sind seit Jahren eingefroren. Der Konsum steigt weil die Bevölkerung steigt, weil es den Leuten besser geht, und weil es billig ist. Die armen Leute schliessen sich einfach ohne Zähler an eine Stromleitung an und zahlen gar nichts (*siehe Bild*).



Vor genau einem Jahr unterschrieb ich einen neuen Vertrag mit der Elektrizitätsgesellschaft (Wechsel von einem früheren Untermieter auf meinen Namen), seither zahle ich nichts, obwohl ich regelmässig nachfrage. Im April musste ich neuerlich eine Kopie des Vertrages einbringen. Im August musste ich einen neuen Vertrag unterschreiben. Begründung: seit Mai ist ein neues Datenverarbeitungssystem in Betrieb – das heisst anscheinend dass mein früherer Vertrag im Papierkorb endete. Jetzt sind wir im November, und letzte Woche bekam ich eine neue Erklärung: erst nachdem mich die Techniker ans Netz anschliessen, kann mir der Strom verrechnet werden. Mein Argument dass ich angeschlossen bin und Licht habe, dass nur jemand den Zähler ablesen muss, verstehen sie anscheinend nicht.

Das ist kein Ausnahmefall. Die Stromrechnungen haben Monate Verspätung, einem Freund erklärten sie dass kein Papier für den Schnelldrucker da ist.

Viele legale Kunden haben jahrelang keinen Stromzähler, oder einen kaputten Zähler. Wegen diverser Schwierigkeiten wird derzeit der Strom nicht abgeschaltet wenn jemand nicht zahlt – und das liest man in öffentlichen Erklärungen in der Zeitung! Wer wird da noch zahlen? Ein totales Chaos. So, das ist die Einleitung für den nächsten Absatz.

Als Daniel Ortega die Präsidentschaft in Nicaragua gewann half Chávez mit Stromaggregaten aus, um die täglichen Stromabschaltungen zu überwinden. Tägliche geplante Stromabschaltungen, ich wusste gar nicht dass es so etwas in Amerika gab.

Und jetzt sind wir dran: jeden Wochentag wird der Strom zumindest eine Stunde abgeschaltet, zonenweise, praktisch im ganzen Land. Offiziell eine Stunde, aber wir kamen schon auf 4 ½ Stunden. Die Zeiten werden in der Tageszeitung veröffentlicht, aber nie eingehalten, es scheint ein Besoffener sitzt am Schalthebel. Ja, der Konsum steigt, es hat wenig geregnet. Aber die Regierung gibt zu dass es auch an Planung fehlte.

Abgeschaltet wird vor allem mittags und abends, das kann für eine Restaurant mit Klimaanlage ohne Fenster fatal sein. In Geschäften funktionieren die Kassen nicht, Banken und Bankomaten stehen still, Betriebe stehen still, auch Aufzüge mit Leuten zwischen zwei Stockwerken, Verkehrsampeln, Tankstellen. Spitäler, Labors an den Universitäten, alle Computer stürzen ab, alle

Datenverarbeitungssysteme werden höchstem Stress ausgesetzt (die müssen ja nachher wieder anlaufen). Vor ein paar Tagen war ich beeindruckt in einer Klinik als ich sah wie sich alte Leute aus dem Rollstuhl über eine Treppe mühsam Stufe nach Stufe hinauf und hinunterschleppten. Werden die wohl das nächste mal für Chávez stimmen?

Schlamperei, ein vernachlässigtes Netz, Kraftwerke im Bau die nie fertig werden wollen, gelegentlich ein kurzer Stromausfall, das alles war bekannt. Die Katastrophe kam nicht unerwartet, aber in einem schlechten Zeitpunkt für die Regierung: nächstes Jahr gibt es Wahlen.

Chávez hat bereits eine Antwort gefunden: ein neues Ministerium für elektrische Energie. Ob die Lösung so einfach ist? Im Fernsehen gibt er der Bevölkerung Ratschläge: zum Duschen genügen drei Minuten, er hat es persönlich ausprobiert (ja, das habe ich gar nicht erwähnt, es gibt inzwischen auch Wasserknappheit). Und wer in der Nacht aufs Klo geht soll eine Kerze anzünden um Strom zu sparen. Dass man den somit nachts gesparten Strom nicht für die Stosszeiten aufheben kann, ist Chávez offensichtlich nicht bekannt. Über diese und ähnliche ernstgemeinte Ratschläge lachen auch die Chavisten.

Vor einem Jahr wurden die Uhren in Venezuela um eine halbe Stunde vorausgestellt. Um die Volksgesundheit zu schützen stehen wir jetzt eine halbe Stunde später auf, die venezolanische Zeit ist jetzt 4 ½ Stunden nach Greenwich. Die Leute bleiben somit länger auf, was den Elektrizitätskonsum zusätzlich erhöhte. Man kann ja wirklich nicht an alles denken, vor allem wenn einige wenige glauben, alles besser zu wissen..

An autoritäre Sprünge sind wir schon immer gewöhnt, so etwa wechselten wir von Preiskontrolle zum Verbot für Produzenten, empfohlene Verkaufspreise auf die Produkte zu drucken, bis zu neuerlichen Preiskontrollen. Aber auch in dieser Hinsicht übertrifft Chávez alles bisher Gesehene.

WOHNBAU

Der Wohnbau ist eines der grössten Versagen. Regelmässig werden die zuständigen Minister abgesetzt.

Unter Chávez kam es ohne Zweifel zu einem Wirtschaftsboom, viele Leute wurden davon begünstigt, viele Leute brauchen eine bessere Wohnung, viele Leute haben das Geld dazu. All das steigert an und für sich den Druck auf den Wohnungsmarkt

Ein weiteres Beispiel für fehlende Voraussicht: für den Kauf einer Erstwohnung zahlt bis zu einem gewissen Betrag die Regierung die Anzahlung. Das ist gewaltig, beachtlich. Das Ergebnis: der Druck auf den Wohnungsmarkt steigt zusätzlich, die Preise steigen enorm, die Verkäufer und Wohnungsmakler profitieren am meisten von dieser Subvention.

Die Mieten sind seit Jahren eingefroren, bei einer Inflation um 30%. Als nicht geplantes Ergebnis ist es in Cumaná fast unmöglich zu erschwinglichen Preisen eine Wohnung zu bekommen. Für viele Leute eine Tragödie.

Früher gab es keine Kredite für über 10 Jahre alte Wohnungen. Derzeit gibt es sie, dass heisst auch die Preise für Altwohnungen schnellten in die Höhe.

WIRTSCHAFT UND ARBEITSMARKT

Spätestens seit Chávez offen den Sozialismus des 20. Jahrhunderts verkündigte ist es klar: die Arbeiter sind die ausgebeuteten, die Industriellen die Ausbeuter. Das stimmt ja zu einem guten Teil wirklich, vor allem in einer Wirtschaft wo das Eigentum zu sehr konzentriert ist, der freie Wettbewerb nicht klappt und viele quasi Monopole existieren. Aber wenn dann die Regierung alles durch die ideologische Brille sieht, kann es dennoch schiefgehen.

Gewerkschaften in der Industrie sind hier zum Teil reine Mafien. So etwa hat die Gewerkschaft laut Gesetz das Recht, 75% der freien Posten zu vergeben. Da werden Posten verschachert, da gibt es ganze Mafien. Da werden nicht die besten Anwerter ausgesucht sondern die zahlungsfähigsten, und die Produktivität wird mit solchen Methoden wohl nicht gefördert.

Verkäufer in Geschäften, Angestellte bei McDonald usw. werden richtig ausgebeutet, die haben kaum Schutz. Aber die Gewerkschaften in den grossen Industrien, mit ohnehin privilegierten Einkommen, machen sich stark und lähmen die Wirtschaft.

So etwa gab es dieses Jahr ständige Streiks in der Automobilindustrie, bei Toyota, Chevrolet, Mitsubishi und auch Zubringerindustrien. Eine „sozialistische Regierung“ hat natürlich geheime oder offene Sympathien für die Arbeiter, was ihre Stellung als Streitschlichter nicht unbedingt fördert.

Bei einem Streik in der noch vor Chávez privatisierten Stahlindustrie kam ein Schrei nach Verstaatlichung auf. Über die Berechtigung der gewerkschaftlichen Forderung kann ich nicht urteilen, aber eines ist gewiss: Chávez kann es sich aus ideologischen Gründen nicht leisten Arbeiter „schlecht“ zu behandeln oder einen verstaatlichten Betrieb in Konkurs gehen zu lassen. Wenn sie nur genügend laut schreien, bringt somit eine Verstaatlichung Vorteile für die Arbeiter, die so auch übermässige Forderungen leichter durchbringen können. Ähnlich geht es bei anderen Betrieben zu. Es gibt Verstaatlichungen die kann man rechtfertigen, etwa CEMEX (Cementos Mexicanos): dieses mexikanische Unternehmen kaufte in einer der zyklischen Wirtschaftskrisen wo alles verschenkt wird eine Zementfabrik in Puerto la Cruz. In den letzten Jahren exportierten sie fast die ganze Produktion und liessen den heimischen Markt ohne Zement. Das kann vielleicht ein Grund sein. Aber jedesmal gleich verstaatlichen wenn die Arbeiter es verlangen ist höchst bedenklich. (Verstaatlichen heisst natürlich dass der Verkaufspreis einvernehmlich ausgehandelt wird).

Verhandlungen einer Gewerkschaft mit staatlichen Behörden haben es in sich, das kenne ich aus unserem Bereich. Geschickte Gewerkschaftler, die mit üppigem Essen und Whisky nicht sparen, haben einen gewissen Vorteil gegenüber einem Beamten dessen Amtszeit vielleicht in kurzem ausläuft und der von den Konsequenzen des Vertrages, den er unterschreibt, nicht berührt ist. Wenn etwa ein Hochschulminister mit einer Professorengewerkschaft verhandelt, so wird auch er persönlich von seinen Zugeständnissen zur Gewerkschaft begünstigt. Da gibt es interessante Beispiele von unverantwortlichen Zugeständnissen.

Ähnlich steht es um Kooperativen. Diese liegen ideologisch richtig, somit bekommen sie Geld, eventuelle Misserfolge werden ganz sicher vertuscht, und es ist relativ leicht diese Geldquelle anzuzapfen.

Verglichen etwa mit Kolumbien, Mexico oder Chile, steht es in keinem Land so schlecht um die Arbeitsmoral wie in Venezuela. Am Montag in der Früh gibt es hier nicht die üblichen Schlangen im Strassenverkehr, der Grund: Ausentismus. Zu einer Autoreparaturwerkstätte kann man am Montag vormittag nicht gehen, da fehlt immer der gerade zuständige Mechaniker. Jedes Projekt hier ist nervenaufreibend, man muss ständig hinter jedem Detail stehen und kann sich kaum auf jemanden verlassen. An öffentlichen Universitäten etwa gibt es üblicherweise zu viele Arbeiter, die dann die meiste Zeit nichts tun, das ist wirklich pathetisch. Und die Reparatur einer Kleinigkeit zu erreichen kostet endlose Energien. In Schulen etwa sieht man regelmässig Haufen von Pulten im freien liegen, die im Regen verderben. Grund: zwei kleine Schrauben fallen heraus, das Brett des Pultes löst sich, liegt ein paar Tage herum und wird weggeschmissen. Der Rest des Pultes erleidet einige Zeit später das selbe Schicksal. Der anfängliche Schaden wäre zu einem lächerlichen Preis zu beheben, aber niemand kommt auf die Idee.

Es gibt Institutionen die funktionieren, in unserem IUT habe ich sogar gesehen wie eine Institution auch unter einem unfähigen Direktor weiterhin funktioniert, ein Personal mit guter Arbeitsmoral bleibt lange Zeit stabil, und auch Neuankömmlinge passen sich an, aber dahinter steht ein langer Formierungsprozess, und das ist halt meist die Ausnahme.

In Venezuela den Arbeitstag auf 6 Stunden zu beschränken wie es im Referendum vorgesehen war ist reiner Wahnsinn, dahinter stehen politischer Opportunismus – und Unverantwortlichkeit. Das haben auch einige Politiker mitbekommen, somit rechnen sie jetzt den Samstag dazu, damit kommen sie auf 36 Wochenstunden (vorher wären es 30 gewesen).

Noch ein Kommentar: es gibt genügend Leute denen ihre Arbeit spass macht, und die mehr arbeiten als ihnen zusteht, die auch gerne aushelfen ohne dafür bezahlt zu werden. Und es gibt auch Leute die fähig sind, die anstehenden Probleme zu lösen. Mit etwas gutem willen kann man sie finden. Das

Problem liegt am Auswahlkriterium für Führungskräfte. Im Erziehungssystem werden derzeit allzuoft Personen bevorzugt, die nicht einmal fachlich die nötige Qualifizierung aufbringen.

SCHLANGEN ALLÜBERALL

Hier ist es normal wenn man in einer Bank eine oder auch mehr als zwei Stunden wartet, einmal bekam ich die Nummer 498 im Banco Mercantil. Die arbeiten Mittags bis 15:30 durch, und dort ist „Anwesenheitspflicht“ wenn man auf eine persönliche Beratung wartet. Wie das geht: etwa um 13h kommt ein Angestellter, ruft die Nummern aus und gibt neue Nummern aus. Wer schon zwei Stunden wartet und gerade hinausging, darf am nächsten Tag wiederkommen.

Beim Arzt werden alle Patienten für 14h zitiert, auch wenn der Arzt erst etwa um 16h auftaucht (mit rühmlichen Ausnahmen). Im Supermarkt CADA gibt es regelmässig Wartezeiten bis zu einer halben Stunde, in Hypermarkt MACRO kann es auch eine Stunde oder mehr sein.

Vorgestern stand ich Schlange um ein Ticket für die Fähre nach Margarita zu kaufen. Vier Schalter, nur einer besetzt, etwa 2 Stunden Wartezeit. Ein Monopolunternehmen, die Kunden haben keine Alternative.

Die vielgepriesene Kompetenz der privaten Unternehmer funktioniert hier einfach nicht. Ein Kassier, der eine halbe Minute nicht arbeitet, ist eine verlorene Investition. Somit arbeiten immer zu wenige Kassiere, die ständig unter Stress stehen und zum Atemholen keine Zeit haben. Und der Kunde muss halt warten bis er dran kommt.

Die Regierung kontrolliert die Preise der Grundnahrungsmittel, die halt dann nirgends aufzutreiben sind. Aber in den meisten Lebensmittelgeschäften sind die Preise nicht angeschrieben, oder nur sehr wenige, aus Faulheit, Nachlässigkeit. Und das stört scheints niemand. In allen anderen lateinamerikanischen Ländern funktioniert es, warum hier nicht?

Und hier bekommt man kein Kleingeld zurück, das ist unglaublich. In den USA bekommt man jeden Cent, in Kolumbien jeden Peso, aber hier werden die Preise unverschämte gerundet. Wer etwa die Flughafengebühr in Caracas zahlt kann gleich den Gegenwert von 1 Euro verlieren, es sei denn er reklamiert! Das hat mehrere Seiten: Bequemlichkeit, Gewinn für den Kassier, und die Leute schämen sich um so eine „Kleinigkeit“ zu diskutieren. Offiziell ist natürlich die Regierung schuld, es gäbe nicht genügend Münzen, aber das ist gelogen. In vielen Geschäften, vor allem den kleineren, ist es üblich dass der Tag mit leerer Kasse begonnen wird. Der erste Kunde muss halt mit Kleingeld zahlen, oder auf das Wechselgeld verzichten.

WELTWEITE WIRTSCHAFTSKRISE

Die Regierung tat alles, um einen Einfluss der weltweiten Wirtschaftskrise auf Venezuela zu vermeiden, und das hat tatsächlich funktioniert. Das Wirtschaftswachstum ist zwar dieses Jahr fast auf Null geschrumpft, aber die Arbeitslosigkeit ist nicht angestiegen, vor allem die ärmeren Leute wurden kaum betroffen. Es gab aber dennoch einen bedeutenden Impakt:

Der Ölpreis fiel, CADIVI, die staatliche Stelle zur Devisenkontrolle hatte weniger Geld, und das hatte seine Folgen. Den Importeuren wurden viel weniger Divisen zugeteilt, somit werden viele Artikel (Elektronik, Haushaltsartikel, Autos usw.) mit auf dem Schwarzmarkt gekauften Devisen importiert, was den lokalen Endpreis verdreifacht. Das begünstigt auch die Spekulation, da ja manche Händler Devisen zum offiziellen Preis bekommen und nachher die Ware zu Wucherpreisen verkaufen. Eine chaotische Situation, und oft grosse Preisunterschiede. Der Kunde verliert die Übersicht.

Andererseits blieb CADIVI die bereits zugesagten Devisen für Importe schuldig. Vor ein paar Monaten etwa protestierten Handelskammern aus Kolumbien und Brasilien weil ihnen Venezuela Devisen seit bis zu 6 Monaten schuldete. Ich glaube das hat sich inzwischen verbessert, bin aber nicht am laufenden.

PDVSA spielt dabei eine recht bedenkliche Rolle: sie verkaufen US\$ auf dem Schwarzmarkt und das auf diese Weise vervielfachte Geld wird in Sozialprojekte –und auch Wahlstimmenkauf- gepumpt. Das heisst: gewisse Produkte musst du teuer kaufen, weil sie zum Wechselkurs auf dem Schwarzmarkt importiert wurden. Dieses Wechselgeld auf dem Schwarzmarkt kommt von PDVSA und der Gewinn kommt –zumindest zum Teil- den Armen zugute. ¿Eine indirekte Steuer?

POLITISCHE KONTROLLE

Wie schon erwähnt verwischen sich zusehends die Grenzen zwischen Regierung und Partei, was ich für höchst bedenklich finde. Früher wurde sogar von der Polizei ermahnt wer mit einem Plastiktasche über die Plaza Bolívar ging. Derzeit werden diese Plätze regelmässig von der Partei kontrolliert, dort sind die sogenannten „puntos rojos“, die roten Punkte eingerichtet, für Parteipropaganda. Demonstration der Chavisten haben immer Vorrang, Demonstrationen der Opposition werden immer Hindernisse vorgelegt.

Die Wahlen der Grossbürgermeisterei von Caracas (Alcaldía Mayor, umfasst 5 Gemeinden in zwei Bundesstaaten) gewann Antonio Ledezma von der Opposition, somit wurden ihm sofort von Kongress Kompetenzen und Einkünfte beschränkt. Auf legale Weise, aber dennoch fragwürdig und undemokratisch. Bis zu den Wahlen im nächsten September kontrollieren die Chavisten das Parlament, somit werden eilig Gesetze verabschiedet. Ein ausgezeichnetes und international anerkanntes Wahlgesetz wurde durch ein neues Gesetz ersetzt, das die Chavisten begünstigen soll und vor allem viele Themen unberührt lässt und die Kompetenzen an die Wahlbehörde schiebt, was nichts gutes für das Wahljahr erwarten lässt. Auch ein neues Arbeitsgesetz steht vor der Verabschiedung.

Am Sonntag dem 15. November werden interne Wahlen der Regierungspartei PSUV abgehalten. Wahllokale: die Grundschulen. Aus diesem Grund wurde der Unterricht für eine Woche (Mittwoch bis Dienstag) suspendiert. Die Kosten von einer Woche Leerlauf sind enorm, aber man kann es auch anders sehen: es kostet nicht einen Bolívar mehr als im Budget vorgesehen, es kostet somit „nichts“. Bleibt die Frage ob für diese Regierung die Erziehung wirklich Vorrang hat.

- Eine Regierung die mit breiter Unterstützung zählte und die Macht hatte auch heikle Probleme anzugehen, hat versäumt das zu tun. Gegen die Korruption wird nur zögernd vorgegangen, „Freunde“ werden mit Nachsicht behandelt.
- Idealisten gibt es nach wie vor in der Verwaltung, aber sie wurden zusehends von Opportunisten unterwandert.
- Allzuleicht werden Kritiker als subversiv oder infiltrierte abgewertet, wobei es dann nicht nötig ist auf die Kritiken einzugehen, was dann wieder das System verwundbarer für Fehler macht
- Isolierte und nicht genügend diskutierte Entscheidungen zeigen immer mehr ihre Konsequenzen
- Die Toleranz gegenüber Andersgesinnten hat sich deutlich reduziert
- Die öffentliche (Un-)Sicherheit und die Probleme mit der Energie- und Wasserrationierung wiegen schwer in der öffentlichen Meinung
- Die politische Kontrolle zu sichern wird für wichtiger gehalten als die Lösung von anstehenden Problemen.
- In vielen Aspekten nähert sich das Land mehr und mehr dem Chaos
- Der anfängliche Schwung ging inzwischen verloren. Die Möglichkeit der unbeschränkten Wiederwahl von Chavez macht nach bereits zehn Jahren einen Umschwung aus diesen Tendenzen unwahrscheinlich
- Die derzeitige Opposition scheint für viele Leute keine Option zu sein, das heisst: wir sind dort wo wir vor Chávez standen: keine Wahl bei der Wahl.

NOCH EIN WORT ZUR PRESSEFREIHEIT

- Die internationale Presse wird vornehmlich von der Opposition mit Information versorgt, ausserdem glauben die Medieneigentümer bereits zu wissen „wer Chávez ist“, all das gibt ein verzerrtes Bild, das nur wenig über die Probleme sagt, die es tatsächlich gibt.
- Ein Beispiel: Das Jammern über Pressefreiheit in Venezuela etwa ist Unsinn, zumindest wenn man sieht wer jammert: Im Namen der SIP (Sociedad Interamericana de Prensa) klagte ihr Präsident Enrique Santos Calderón diese Woche wieder Venezuela wegen mangelnder

Pressefreiheit an. Wer ist Enrique Santos: Mitglied des Clan Santos, dem der derzeitige kolumbianische Vizepräsident angehört, sowie ein vor kurzem zurückgetretener Verteidigungsminister, der die Präsidentschaft anstrebt. Dieser Clan kontrolliert einen Grossteil der kolumbianischen Medien (Presse, Radio, TV). Vor kurzem wurde von der Tageszeitung El Tiempo, deren Direktor Enrique Santos ist, die Journalistin Gloria López entlassen, weil sie zu links liegt. Mehrere Reporter von Telesur mussten Kolumbien verlassen. In Venezuela werden die Medien überwiegend von der Opposition kontrolliert, in Kolumbien vom Regierungsblock! Die Kolumbianer hätten somit viel mehr Grund als wir sich über mangelnde Vielfalt in den Medien zu beklagen. Welche Ironie!

Die SIP hat kein Wort gegen die brutale Zensur der Medien in Honduras gesagt, auch nicht gegen das Fernsehmonopol in Mexico. Wie kann sie auch, wo sie doch ein Klub der MEDIENEIGENTÜMER ist! Die Diskussion über Demokratie und Meinungsfreiheit ist für sie ein Theater, worum es geht ist die Kontrolle der öffentlichen Meinung und letztlich die Macht im Staat.

Wilhelm Mindler
Cumaná, Venezuela
November 2009

SPLITTER aus dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten – Titel aus den **New York Times**:

Um den Zusammenhang nicht zu verlieren, erlaube ich mir zwei Beispiele dazu wie es um die Demokratie anderswo steht.

„So viel Geld drucken als notwendig“ - das habe ich in meinem Leben nur einmal gehört: meine Eltern erzählten wie sie zu Ende des zweiten Weltkrieges im Dritten Reich auf diese Art ihre Sparrisse verloren. Die Situation in den USA ist mit der damaligen Krisis sicher nicht vergleichbar, der brutale Titel der NYT beeindruckte mich aber dennoch (*ein Artikel aus dem 1.Semester dieses Jahres, wer will, kann dem LINK folgen*):

U.S. Plans \$800 Billion in Lending to Ease Crisis By EDMUND L. ANDREWS

The Fed and the Treasury signaled that they would print **as much money as needed** to revive the banking system.

Rund um Senatoren und Expräsidenten (die lebenslang Zugang zu streng vertraulicher Information haben) scharft sich in den USA ein Heer von Lobbyisten, welche die Gunst dieser Persönlichkeiten teuer vermarkten, das ist wohlbekannt. Über diese Praktiken habe ich mehrmals gelesen „bei uns wäre es strafbar, in den USA ist es üblich und legal“.

Die Geisterschreiber (Ghostwriters) sind vor allem aus der pharmazeutischen Branche bekannt: ein Grosskonzern heuert ein Büro an, das einen günstigen „wissenschaftlichen“ Artikel verfasst, und dann wird ein namhafter Wissenschaftler angeheuert, der diesen fremden Artikel in seinem Namen veröffentlicht. Wenn der Fall auffliegt, erklärt letzterer üblicherweise: „Ich habe den Inhalt des Artikels streng überprüft und bin mit jedem Wort voll einverstanden“. Sein Prestige wird somit etwas angeschlagen, aber das Gesetz kann ihm kaum etwas anhaben.

Heute veröffentlichen die NYT einen Artikel, welcher den ohnehin angeschlagenen Kongress der USA noch mehr in Frage stellt: Gentech, das dem schweizer gigantischen Roche gehört, heuerte Geisterschreiber an, die zum Gesundheitsplan zwei Versionen eines Kommentars verfassten, eine für republikanische und die andere für demokratische Abgeordnete. Das ist durchaus normal, erfahren wir in dem Artikel. Was nicht normal ist: die Abgeordneten im Kongress zitierten diese Kommentare satzweise, Wort für Wort, und das wurde doch peinlich.

Ein schweizer Konzern, der gegen Bezahlung dem US-Kongress vorschreibt, was er zu tun hat? Aber nein, es wurde ja kein Schaden angerichtet, da diese Erklärungen angeblich keinen Einfluss auf die Entscheidungen im Kongress hatten. Soll das ein Trost sein, in der „besten Demokratie der Welt“?

In House, Many Spoke With One Voice: Lobbyists' By ROBERT PEAR

15. November 2009

More than a dozen lawmakers' statements on the health care debate were **ghostwritten** by lobbyists working for Genentech, a biotechnology company.

(wer will kann dem Link folgen und den Artikel im Original lesen)